

Zeitschrift: Regio Basiliensis : Basler Zeitschrift für Geographie
Herausgeber: Geographisch-Ethnologische Gesellschaft Basel ; Geographisches Institut der Universität Basel
Band: 14 (1973)
Heft: 3

Artikel: Lebensfähiges Basel?
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1089118>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lebensfähiges Basel?

1833

Die Trennung des Kantons Basel in zwei Halbkantone versetzte den Stadtbürgern 1833 einen Schock. Zwar war ausdrücklich eine spätere Wiedervereinigung vorbehalten, doch durfte in absehbarer Zeit nicht damit gerechnet werden. Auf sich gestellt, musste die Stadt ihre Aufgaben allein lösen. Die Lasten erwiesen sich als drückend. Besonders die Universität verlangte grosse Opfer. Zürich und Bern gründeten flink (1833 und 1834) ihre Universitäten — sollte Basel auf seine universitäre Tradition verzichten? Der Schock musste überwunden werden. Mit erstaunlicher Zuversicht zeigten sich unsere Vorfahren bereit, für unsere Stadt und ihre Universität den unerlässlichen Einsatz zu bezahlen. Mut, Vertrauen in die eigene Kraft, Sicherheit im Urteil darüber, wofür einzustehen sich lohnt: diese und andere Eigenschaften zeichneten die damaligen Basler aus. Sie haben sich zur Stadt und zu ihrer Universität über alle Nöte hinweg bekannt und die Leistungen erbracht, welche zum Aufschwung nötig waren.

1969

Nach zehnjähriger Vorbereitung wurde bekanntlich im Dezember 1969 die Wiedervereinigung beider Basel von den Stimmbürgern des Landkantons abgelehnt. Der Entscheid fiel ebenso deutlich aus wie der positive im Stadtkanton. Dieses Ereignis wirkte auf den Kanton Basel-Stadt vergleichsweise wie der Schock von 1833. Der Regierungsrat hatte seine Arbeit auf den Zusammenschluss eingestellt; er hatte sich eine Konsultativkommission berufen, welche die nötigen Schritte vorbereitete. Insbesondere musste das Vermögen der Einwohnergemeinde Basel vom Vermögen des Kantons Basel-Stadt ausgesondert und für die Funktionstüchtigkeit einer dereinst selbständigen Einwohnergemeinde die entsprechenden Organe vorbereitet werden; dies war nötig, weil heute der Kanton Basel-Stadt die Geschäfte der Einwohnergemeinde mit den kantonalen zugleich führt. — So waren über ein Jahrzehnt die Kräfte auf die Gestaltung des neuen Kantons Basel ausgerichtet. Dies erklärt, weshalb nach dem negativen Ausgang der Abstimmung sich weitherum eine lähmende Ratlosigkeit breit machte. Man war auf unerwartete Weise wieder auf sich gestellt.

Wiederum bereiteten die finanziellen Probleme Sorgen. Nach den guten Rechnungsabschlüssen kamen die alarmierenden Budgets und Staatsrechnungen. Wir stecken mitten in dieser Not. Die ausgezeichnet ausgebauten Einrichtungen des sozialen Basel, der Neubau des Kantonsspitals, der Sporthalle, der Strassenbau und wiederum: die Unsummen, welche für die Universität aufzubringen sind, lassen uns mit aller Schärfe die Tatsache erfassen, dass unsere Aufgaben ohne neue, grosse Anstrengungen nicht zu lösen sind. Die Freunde der Wiedervereinigung hatten gehofft, für gemeinsame Aufgaben einen Mitträger zu bekommen. Die Mit-

trägerrolle des Kantons Basel-Landschaft bewegt sich heute immer noch in einem bescheidenen Rahmen. Zwar hat am 7. Juni 1973 der Landrat eine Motion überwiesen, worin die Verpflichtung ausgesprochen wird, die Universität gemeinsam mit Basel-Stadt zu tragen; doch das Geld fliesst noch längere Zeit nicht. Der Grosse Rat hat am 27. Januar 1972 einen Anzug überwiesen, der die Kooperation mit andern Kantonen, insbesondere mit dem Kanton Basel-Landschaft herbeiführen will. Unterschrieben ist er vom gesamten Grossratsbüro, von allen Fraktionspräsidenten und etwa der Hälfte des ganzen Rats. Die Regierung hat ihn bearbeitet, und zwar im Einvernehmen mit der basellandschaftlichen Regierung. Beide schlagen den Stimmbürgern einen Verfassungsartikel vor, der die Partnerschaft institutionalisiert. Doch auch dieser Vorstoss ist bloss Vorbereitung. Die getätigte Partnerschaft steht erst bevor, die Mitträgerschaft des Nachbarkantons ist Plan, wirft vorerst kein Geld ab. Dass sich auch im Berner Laufental Stimmen erheben, die zur Partnerschaft mit Basel aufrufen, darf mit Freude wahrgenommen werden.

Sparen!

Angesichts der schlechten Finanzlage sieht sich der Regierungsrat zu Restriktionen gezwungen, die als hart bezeichnet werden müssen und die dazu führen können, die Mutlosigkeit zu vergrössern; denn bei stets wachsenden Aufgaben und der entsprechend zunehmenden Arbeitslast sollen keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden, ja, der Beschluss des Regierungsrats vom 4. April 1973 lehnt Anträge auf Erteilung spezieller Plafonds für das Erziehungsdepartement einschliesslich Universität, für das Sanitätsdepartement einschliesslich BVB und für das Justizdepartement ausdrücklich ab. Scheiden Beamte aus, muss geprüft werden, ob ihre Funktion nicht auf andere Beamte übertragen werden kann, ob man den freigewordenen Posten also nicht besetzen muss.

Malaise

Es ist offensichtlich, dass in solchen Fällen zum objektiven Malaise zusätzlich psychologische Momente treten, welche die negative Haltung verstärken. Interessant mag der Vergleich zwischen der Notlage von 1833 und heute im Blick auf das Theater sein. Für die heutige Missstimmung ist der Volksentscheid vom 23. September bezeichnend: die Erhöhung der Betriebssubvention wurde abgelehnt. Auch vor 140 Jahren wurde ein neues Theater gebaut (Architekt Melchior Berri!), aber im Gegensatz zu heute wurde es trotz aller Not 1834 eröffnet — mit der «Weihe der Kunst» von Wilhelmi; das Bekenntnis zur Kultur und der Mut zum Neubeginn überwand den Missmut.

Welche psychologischen Momente sind es, die unsere heutige Missstimmung vergrössern? Auswahlweise nennen wir die folgenden: Vor allem sind es die Probleme der Stadt in der Gegenwart. Die Zunahme der Arbeitsplätze in Industrie und Wirtschaft bewirkt die Verknappung von Wohnraum. Die Innerstadt entvölkert sich, die verbleibenden Wohnungen werden teurer, für Kinder ist die städtische Wohnlage ungünstig, die Bevölkerung der Stadt nimmt ab — in ländlicheren stadtnahen Gebieten schiessen Siedlungen und Einfamilienhäuser aus dem Boden, der seinerseits der Bewirtschaftung entzogen wird. Die Pendler werden zahlreicher

als je, sie verwenden mit Vorliebe ein Auto. Die Stadt muss die Strassen verbreitern, den öffentlichen Verkehr schützen, Geld für all dies aufbringen — von stets weniger Steuerzahlern; denn die in der Stadt bloss arbeiten, versteuern ihr Einkommen am ausserkantonalen Wohnsitz. Diese kurz skizzierte Tatsache wird nun aber von vielen Mitbürgern nicht bloss wahrgenommen oder gar handelnd bekämpft, sondern erfährt eine Interpretation, die im Grunde kaum auf Basel zutrifft. Dies gilt es auszuführen.

Importierte Kritik

Die Kritik an der modernen Stadt hat sich in den Vereinigten Staaten, in England, Italien, Frankreich usw. mit vollem Recht entzünden können. Entvölkerte Stadtkerne, die nur tagsüber von Geschäftsleben pulsieren, sind nachts tot oder von der Unterhaltungsindustrie hektisch aufgebläht. Neusiedlungen mit brutal hingestellten Reihenhochhäusern werden zu Schlaf- und Wochenend-Städten. Der ausserhalb der alten Stadt gelegene Supermarkt bringt die Quartierläden zum Absterben. Daneben wird ehemals fruchtbarer Boden zerwohnt durch Bidonvilles, Slums. Die Städte sind unwirtlich geworden, trostlose, ungepflegte Altquartiere, Steinwüsten, umringt von einem kilometerlangen fauligen Kreis von abstossender Vorstadt. Unvernunft und Lieblosigkeit sind die Grundlagen dieses Unsinns. Wer diese Städte in Wirklichkeit sehen will, soll sich die Umgebung von Lyon, von Mailand, die Bidonvilles von Turin, die Slums von Rom anschauen. Dort treffen die Beobachtungen der Mitscherlich u. a. auf erschreckende Weise zu, ganz abgesehen von Los Angeles etwa. Dort trifft also auch die vorgebrachte Kritik ins Schwarze. Allein, für Basel stimmt die von Ausländern geäusserte Kritik nicht. Gewisse Ansätze zu einer ähnlichen Entwicklung sehen wir, aber noch ist es keineswegs zu spät, ihr entgegenzutreten. Basel ist eine ausgesprochen grüne, weitgehend niedrig gebaute Stadt. Wir stossen auf Parkanlagen, Gärten, Bäume, gepflegte Häuser in allen Quartieren, auch in der Altstadt. Wir halten es aus diesem Grund für wichtig, diese erfreulichen Tatsachen festzustellen und der importierten Kritik entgegenzuhalten. Kritik ist nicht an sich gültig, sondern nur in Beziehung auf etwas. Das Wort Kritik stammt vom griechischen Wort *krinein*, was «unterscheiden», «auseinanderhalten» bedeutet. «Kritik», welche auf auswärtige Situationen zutrifft, aber unbesehen auf unsere Lage angewendet wird, ist darum gerade nicht kritisch: Sie hält die unterschiedlichen Situationen nicht auseinander, sondern importiert dogmatisch Kritiken über nichtbaslerische Verhältnisse. Wer dies erfasst, lernt wieder, die Wirklichkeit zu sehen, wie sie ist. Dankbar muss man allerdings den ausländischen Kritikern sein, weil sie uns anhand der schlimmen Zustände, die sie geisseln, frühzeitig die Augen geöffnet haben, so dass wir bereits die Ansätze ungünstiger Entwicklungstendenzen von Städten hier in der Schweiz erkennen können. So sind Regierung und Parlament auch schon an der Arbeit, die Bewohnbarkeit der Innerstadt zu fördern, zum Beispiel durch Aufhebung der vom obsoleten Korrekptionsplan 1949 her bestehenden Bau- und Strassenlinien im Bereich des Gerbergässleins, durch Verminderung des Autoverkehrs in der Altstadt, an der Rheinpromenade usw.

Die Übertragung auswärts gültiger Kritik auf unsere Stadt ist ein Beispiel dafür,

wie behebbare Fehlentwicklungen zu unkorrigierbaren Katastrophen stilisiert werden. Dies ist mit schwerwiegenden psychologischen Folgen verbunden: Die Mutlosigkeit und die Missstimmung steigern sich zu Resignation und zu dem Gefühl, machtlos bösen Gewalten ausgeliefert zu sein. Das dazugehörige Bedürfnis, Feinde zu finden, entdeckt im Blick auf Umweltverschmutzung und Ballung von Kapital die Industrie und verteufelt sie. Zivilisationsverdrossenheit nimmt überhand. Daher ist von grösster Bedeutung, wahrhaft kritisch zu sein, also zu unterscheiden zwischen der Basler Wirklichkeit und den Inhalten der importierten kritischen Vorstellungen.

Ein weiteres Beispiel, wie importierte Kritik unkritisch auf unsere Verhältnisse übertragen wird, bieten die Angriffe auf unser Parlament. Zugegeben, das Bild, das sich dem Bürger im Rathaus bietet, ist kaum geeignet, die Ernsthaftigkeit der geleisteten Arbeit glaubwürdig zu machen. Allerdings blickt der Tribünenbesucher meist mit falscher Erwartung auf das Treiben im Rathaussaal; er erwartet die disziplinierte Stille einer aufmerksamen Schulklasse oder Kirchgemeinde, die auf den Lehrer oder Pfarrer hört. Diese Erwartung verführt dazu, Unordnung, ja Tumult, Unaufmerksamkeit und andere Bürgeruntugenden zu beobachten. Das Leben verläuft aber nicht in der sterilisierten Form der Schulklasse und Kirchgemeinde! Wieviel Einsatz in Wahrheit erbracht wird, weiss, wer einmal engagiert mitgearbeitet hat; in den Fraktionen spielt sich das Ringen um die richtige Stellungnahme vor allem ab, dann in den Kommissionen. Davon dringt nichts an die Öffentlichkeit. Der Parlamentsbetrieb selber dient vielmehr der Konfrontation mit vorher erarbeiteten Stellungnahmen. Da in den einzelnen Fraktionen schon viele Argumente vorgebracht worden sind, spitzen die Räte im Plenum nur dann die Ohren, wenn einer etwas zu sagen hat, was ihnen neu ist, ihre vorgefasste Ansicht bestärkt oder umwirft. Es ist ja kein Zeichen von Schwäche, wenn man der besseren Einsicht nachgibt. Wer aber seinen Entschluss ändert, möchte dies mit seinen Fraktionskollegen bereinigen. Er wird seinen Platz verlassen, um mit ihnen sprechen zu können. Von aussen gesehen, wirkt sich als Unaufmerksamkeit aus, was doch ernsthafteste innere Auseinandersetzung ist. Zudem steht jedem Bürger im Rat das Recht zu, den Saal zu verlassen, wenn ihm der Votant nichts bietet, sei es, dass er Clichés wiederholt, sei es, dass er in der Fraktionssitzung bereits alles vorgebracht hat, was er nun dem Plenum vorträgt. Wir glauben sogar, dass man nur von demjenigen Menschen Ideen gewinnbringend annehmen kann, dem man vertraut; der Grossrat wählt sich seine Informationen nach diesem Prinzip aus; er achtet auf die Persönlichkeit des Sprechers. Man weiss, von wem man Neues, Wichtiges erfährt, und man weiss noch besser, von wem nicht. Die Reaktion heisst: Aufmerksam folgt einer dem Votanten — oder er verlässt den Saal, um etwas für ihn Gescheiteres zu tun. Der äussere Eindruck aber ist die Unruhe im Ratssaal.

Parlamentsreform

Verbesserungen sind allerdings möglich, ja nötig. Im Blick auf die Revision des Geschäftsordnungsgesetzes hat das Grossratsbüro 1972 Verbesserungsvorschläge vorgebracht: Trennung der Geschäfte der Einwohnergemeinde von denjenigen des Kantons durch Vorberatung in einer ständigen Kommission, welche auch mit Ent-

scheidungskompetenzen zu versehen ist. Vor allem ist unerlässlich, bei der unerfreulich raschen Erneuerung des Rats wieder Erfahrungen zu investieren, auch um gleichzeitig die Verwaltung und Regierung besser zu kontrollieren. Das kann z. B. dadurch geschehen, dass ständige Kommissionen für gewisse Bereiche gebildet werden (Bau-, Spital-, Bildungswesen, Verkehr usw.), denen die Geschäfte vor der Beratung im Plenum zur Stellungnahme zugewiesen werden und, dies vor allem, die nach Abschluss eines Vorhabens prüfen, ob die Verwirklichung nach den Vorschriften des Parlaments durchgeführt oder durch verwaltungsinterne Abweichungen verfälscht worden ist. Aus der Überprüfung erwachsen Kriterien, Richtlinien für die zukünftige bessere Gestaltung, es bilden sich Erfahrungen, die Kontrolle spielt, und das Ansehen des Parlaments in der Bevölkerung wird wieder hergestellt.

Importierte Kritik II

Aber die Kritik am Parlament trifft ja nicht nur den Betrieb im Rathaus. Mit wiederum importierter Vorstellung machen Leute den Parlamentarismus, den demokratischen Stil schlecht: der Bürger könne ja nur alle vier Jahre wählen, im übrigen sei er machtlos; Parlament und Regierung machten ja doch, was sie wollen. — Diese Kritik mag für alle Demokratien und Volksdemokratien zutreffen ausser auf unsere, in der eine Handvoll Bürger mit Initiative und Referendum Entscheidungen erzwingen können. Der Blick auf die Abstimmungen der letzten Jahre zeigt, dass kleinste Gruppierungen Macht in diesem Sinne ausüben können und auch wirklich ausgeübt haben. Die Kritik an der Eigenwilligkeit der «Herrschenden» und die Klage über die Ohnmacht der «Beherrschten» sind Importware. Aber sie sind psychologisch wirksam, lassen wiederum Feinde, Verschworene vermuten. Das Gefühl der Ohnmacht ist aber primär, ist Ursache, nicht Folge, und es dürfte meistens seinen Grund darin haben, dass der betreffende Mensch sich nicht genügend eben für dieses Staatswesen, in diesem Staatswesen einsetzt — sonst würde er auf jene Mitbürger stossen, die am Gemeinwesen mit ihm zusammenzuarbeiten gewillt sind.

Für ein lebensfähiges Basel

Diese beiden Beispiele für Importkritik mögen genügen. Sie sollen unsere Stadt und ihre Zustände nicht verklären, sie sollen nichts verschleiern. Sie sollen bloss helllichtig machen, dass wir alle lernen, die Wirklichkeit hier und jetzt zu erfassen, scharf, kritisch, um daraus Aufgaben abzulesen, für deren Lösung wir uns in Zukunft einsetzen wollen.

Wir haben die gegenwärtige Notlage mit derjenigen der Jahre nach 1833 verglichen. Dabei übersehen wir die Unterschiede nicht. Unser heutiges Gemeinwesen hat seine kleinstädtische Einheit verloren, schon die Grösse, besonders aber die Divergenz der Bürger, die Polarisierung ihrer Ansichten verhindern, dass sich ein Jeder als Glied des Ganzen empfindet und sich ein geschlossenes Bild von Basel errichtet, das ihm gestattet, sich geistig darin zu integrieren. Wir möchten unsere Arbeit als Gruppe, welche die Lebensfähigkeit Basels anstrebt, vermehrt den Bemühungen widmen, unsere Situation in Basel aufzuzeigen, die Verhältnisse über-

schaubar zu machen und den Einsatz der Wohlmeinenden herauszufordern. Wir denken mit einiger Hoffnung an die staatsbürgerliche Aktivierung der vielen heute noch lauen Jugendlichen, erwarten von den Medien, dass sie nicht nur Fehler aufzeigen, sondern Aufgaben daraus abzuleiten verstehen und es wagen, für Leistung und Aufbau einzustehen.

Wir denken an Information von Seiten der Regierung und des Parlaments, die vom Bürger wirklich gehört und verstanden wird. Wir denken allerdings auch an einen glaubwürdigen und verpflichtenden Finanzplan, aus dem alle ersehen können, welche Aufgaben mit welchen Mitteln gelöst, wofür allenfalls neue Mittel aufgebracht werden müssen. Vielleicht, ja hoffentlich regen sich wiederum wie vor 140 Jahren private Kreise, um zu helfen. Bereits dieses Jahr ermöglicht die Freiwillige Akademische Gesellschaft, dass die Uni-Nachrichten wenigstens in ganz bescheidener Aufmachung die Studenten informieren, der «Tag der wissenschaftlichen Begegnung» durchgeführt und die Rektoratsrede im Druck zugänglich gemacht werden können.

Wir sollten versuchen, über den Missmut hinauszukommen durch freiwillig erbrachte Leistungen für Basel. Noch ist Basel eine Stadt, in der es sich gern leben lässt. Die sozialen Einrichtungen sind weit ausgebaut. Das kulturelle Angebot entspricht einer auswärtigen Millionenstadt. Die Führungskonzeption unserer Industrie ist menschlich. Noch immer ist das Stadtbild schön. Sollten seit dem unvergesslichen Picasso-Fest Mut und Zuversicht verloren gegangen sein? Wir glauben es keineswegs — im Gegenteil! Wir sind überzeugt, dass die Bürger zu einem neuen Steuergesetz, das dem öffentlichen Wesen etwas mehr vom vorhandenen privaten Reichtum zukommen lässt, aus der Überzeugung zustimmen werden, dass es sich lohnt, für Basel sich einzusetzen. Noch ist Basel eine lebenswerte Stadt. Wir wollen sie lebensfähig erhalten!

Wir appellieren hiemit an Einzelne wie an Vereinigungen von Privaten, sich für das Mittragen der Öffentlichen Sache bereit zu finden.

Arbeitsgruppe Lebensfähiges Basel